Briefe zur sozialen Einheit

8/91, 23.7.1991

Forum der BürgerInnen Interessen

"Wir brauchen eine neue Politik für unser Land ... "

Die Frage nach einer Initiative der SPD für eine Regierungsübernahme, um endlich die zerstörerische Politik der Regierung Kohl zu stoppen, stellt sich immer dringlicher.

Rücksichtslos setzt Kohl seine Politik des sozialen Kahlschlags fort. ***„Wir fragen Euch, wer es verantworten kann, daß fast 40% der Menschen in Ostdeutschland ihre Arbeit verlieren"***, heißt es in einem Brief von **Leipziger Sozialdemokraten** an den SPD-Vorstand und die SPD-Bundestagsfraktion. ***„Eine Initiative der SPD für die Regierungsübernahme würde sicher sofort die Mehrheit in der Bevölkerung finden: für eine SPD-Regierung, die im Schulterschluß mit den Gewerkschaften eine Politik verwirklicht, die endlich Schluß macht mit der Politik der Umverteilung von unten nach oben; eine Politik, die ... für die schnelle Angleichung der Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands im Interesse der Menschen eintritt ..."***, heißt es u.a. in dem **Brief aus Leipzig**.

Schon im Frühjahr hat Oskar Lafontaine von der Notwendigkeit von „Neuwahlen" gesprochen, mit dem Ziel, „ die Regierungsverantwortung zu übernehmen".

Auf dem Parteitag der SPD haben gerade die Delegierten aus Ostdeutschland von der katastrophalen Entwicklung in Ostdeutschland gewarnt, die dramatische Folgen auch für die soziale Lage in Westdeutschland haben wird.

Auch hier stellte sich in Diskussionen immer wieder die Frage nach der Notwendigkeit von Neuwahlen. Auch in Ortsvereinen hat diese Diskussion begonnen (s. Resolution eines Ortsvereins zum Pflegenotstand in dieser Nr.).

In einem Brief an seine Mitbürgerinnen und Mitbürger schreibt **Karsten D. Voigt**, daß ***„die SPD auch im Bund wieder die Regierungsverantwortung übernehmen"*** will. Er weist daraufhin, daß ***„die SPD-Bundestagsfraktion ... ihre Forderungen zum Aufbau in den neuen Ländern zum Gegenstand von Gesprächen mit der Bundesregierung gemacht (hat). Wesentliche Forderungen der SPD wurden leider abgelehnt. So bleiben Chancen ungenutzt, Zeit wird vertan. Den Schaden haben die betroffenen Menschen."*** Karsten Voigt bestätigt damit, daß eine Zusammenarbeit mit der Bonner Regierung zum Scheitern verurteilt ist. K.D. Voigt stellt in seinem Brief dann jedoch fest, daß diese „Koalition", von der ***„nichts Gutes mehr zu erwarten"*** ist, ***„eine andere Koalition bis 1994 unmöglich macht"***.

"Wir können nicht verstehen, warum jetzt davon gesprochen wird, daß wir bis 1994 warten müssen," heißt es in dem **Leipziger Brief**.

Ist nicht vielmehr als Konsequenz eine sofortige Initiative des Vorstands und der Fraktion der SPD für die Regierungsübernahme gefordert?

Ist es denn zu verantworten, daß durch das tägliche Handeln der Regierung Kohl der „Schaden für die betroffenen Menschen" immer unermeßlicher wird?

Jeden Tag mehr bröckelt die gesellschaftliche Basis dieser Koalition (Lafontaine), die sich mit einem großen Wahlbetrug den Wahlsieg erschlichen hat.

Ist es dann aber nicht die Aufgabe der SPD, gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften, diese gesellschaftliche Mehrheit, die in den letzten Wahlen, in Streiks und Demonstrationen ihren Willen nach einer anderen Politik zum Ausdruck gebracht hat, zu mobilisieren und gestützt auf diese politische Kraft den Kampf für die Bildung einer SPD-Regierung aufzunehmen?

In Flugblättern der Düsseldorfer SPD, herausgegeben unter der Verantwortung des Bundestagsabgeordneten **Michael Müller**, ist völlig zurecht zu lesen: ***„Steuerlüge, Wahlbetrug und Diffamierung- das sind die Mittel, mit denen sich die Bundesregierung die Mehrheit im Bundestag erschlichen hat ... Die Markenzeichen dieser Regierung sind Ungerechtigkeit und Unehrlichkeit. Beschlossen ist der dreiste Griff in die Taschen der Bürger ... CDU/CSU und FDP setzen damit ihre unsoziale Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre fort."*** Und weiter: ***„Die Bundesrepublik versagt bei der Aufgabe, die Einheit Deutschlands vernünftig und solidarisch zu gestalten. Sie vergrößert die soziale Kluft und stiftet Unfrieden."*** ***Die Folge ist: „Die Bundesregierung gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land. ... Die CDU/CSU/FDP sollten den Weg frei machen, für eine andere Politik"***.

Mit den jetzigen Regierungsparteien aber ist eine andere Politik nicht möglich.

Was also kann die Forderung nach einer „anderen Politik" anderes heißen, als den Kampf aufzunehmen für eine andere Regierung, eine SPD-Regierung - für eine andere Politik, eine Politik der Verwirklichung der sozialen Einheit im vereinten Deutschland.

Die Diskussion über diese Frage muß in der SPD heute mit aller Dringlichkeit geführt werden. Der Brief aus Leipzig und andere Beiträge in unseren „Briefen" geben hoffentlich einen Impuls für diese wichtige Diskussion. Wir wollen auch in den nächsten Nummern weitere Stellungnahmen dazu veröffentlichen. Schickt bitte Beiträge an die angegebenen Redaktionsadressen.

Carla Boulboullé 20.7.91

Auf einen Blick:

Diskussion in der SPD zu Neuwahlen

Leipziger Brief an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion

Leipzig, 1. Juli 1991

An den
Parteivorstand der SPD
Ollenhauerhaus

W - 5300 Bonn

An den
Vorsitzenden der
SPD - Bundestagsfraktion
Bundeshaus
W - 5300 Bonn

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wenden uns in einer Situation an Euch, in der die Folgen der Politik des sozialen Kahlschlags der Regierung Kohl Millionen der arbeitenden Bevölkerung immer härter treffen. Zehntausende Arbeitslose und Kurzarbeiter allein in Leipzig und ein städtischer Haushalt, der nur die allernotwendigsten öffentlichen Aufgaben abdecken kann, zeigen, daß die Stadt und die Region auf die soziale Katastrophe zusteuern.
Heute besetzen Kolleginnen und Kollegen der „Verlade- und Transport GmbH" (VTA) in Leipzig, des Zwickauer Automobilwerkes und der dkk Scharfenstein die Betriebe, um die Politik der Regierung Kohl - „Planieren statt Sanieren" - zu stoppen und ihre Arbeitsplätze zu erhalten.
Auf dem SPD-Parteitag haben mehrere Genossen, vor allem aus Ostdeutschland,sehr eindringlich auf die dramatische Situation hingewiesen.
Über die Treuhand organisiert die Bundesregierung die Zerstörung der industriellen Struktur, die für den Aufbau in den Städten und Gemeinden der neuen Bundesländer eine wichtige Grundlage bildet und den Erhalt von sozialen Einrichtungen gewährleistet.

Wir fragen Euch, wer kann es verantworten, daß fast 40% der Menschen in Ostdeutschland ihre Arbeit verlieren, daß die Jugendlichen aufgrund des Ausbildungsdefizits und der zu erwartenden hohen Jugendarbeitslosigkeit die fünf neuen Bundesländer verlassen, daß Krankenhäuser, Kinderbetreuungseinrichtungen und die Pflege für die alten Menschen nicht mehr finanziert werden können; daß vor allem die Frauen unter Arbeitslosigkeit und Abbau von sozialen Leistungen leiden!
Wir meinen als Sozialdemokraten und Gewerkschaftskollegen, diese Regierung in Bonn darf keinen Tag länger ihre Kahlschlagspolitik fortsetzen. Und wir wissen auch, daß die Kollegen im Westen nicht länger bereit sind, diese Politik der Zerstörung hinzunehmen. Die anhaltenden Demonstrationen in den Bergbaurevieren wie die Wahlergebnisse von Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg sind deutliche Belege dafür.

Die Zusammenarbeit mit der Regierung in den Arbeitsgemeinschaften ist an der Entschlossenheit der Regierung, ihre Politik rücksichtslos weiter zu verfolgen, gescheitert.
Das zeigen auch die Ergebnisse zur Steuerpolitik im Schlichtungsausschuß, die zu weiteren finanziellen Belastungen der Mehrheit der Bevölkerung zugunsten der Banken und Reichen führen.

Ist es in dieser Situation nicht dringend erforderlich, daß unsere Partei Entscheidungen trifft, damit diese Regierung sofort gestoppt wird, für eine andere Regierung, für eine Politik zur Verwirklichung der sozialen Einheit.

Auf dem Bremer Parteitag und schon vorher haben führende Genossen von der Notwendigkeit von Neuwahlen gesprochen. Die Regierungsfähigkeit der SPD wurde betont.
Für jeden Tag, den die Bundesregierung noch länger handelt, zahlt die Bevölkerung einen zu hohen Preis.

Wir können es nicht verstehen, warum jetzt davon gesprochen wird, daß wir bis 1994 warten müssen!
Wer kann es verantworten zu warten, während die Politik der Bonner Regierung in der nächsten Zeit soziale Explosionen provozieren wird? Die Regierung verliert täglich mehr ihre gesellschaftliche Basis, hat Lafontaine erklärt. Dafür sprechen die Streiks, die Wahlen, die Infas-Umfragen für Ostdeutschland.

Eine Initiative der SPD für die Regierungsübernahme würde sicher sofort die Mehrheit in der Bevölkerung finden: für eine SPD-Regierung, die im Schulterschluß mit den Gewerkschaften eine Politik verwirklicht, die endlich Schluß macht mit der Politik der Umverteilung von unten nach oben; eine Politik, die für die Verteidigung der Arbeitsplätze und die Sicherung der industriellen Standorte, für die Sicherung der kommunalen und Länderfinanzen und damit der öffentlichen Dienstleistungen, für die schnelle Angleichung der Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands im Interesse der Menschen in Ost und West eintritt; denn Ostdeutschland darf nicht länger Experimentierfeld für den Abbau sozialer Rechte in ganz Deutschland sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind sicher, daß viele Mitglieder unserer Partei so denken wie wir, daß wir für viele sprechen.

Wir hoffen, mit diesem Brief eine wichtige Diskussion anzuregen. Wir sind überzeugt, es liegt in der Hand der SPD, gemeinsam mit den Gewerkschaften, die soziale Einheit im vereinten Deutschland zu verwirklichen!

Mit solidarischen Grüßen
Christina Kretzschmer (SPD-Stadtverordnete)
Hansjörg Kretzschmer (Vors. AfA im Bezirk Sachsen, Mitglied der HBV, Betriebsratsmitglied)
Bernhard Krabiell (Mitglied der SPD, Mitglied der ÖTV, Gewerkschaftssekretär)
Hansjörg Richter (Mitglied der SPD, Mitglied der IG-Metall, Betriebsratsmitglied)
Reinhard Pienitz (Mitglied des AfA-Bundesvorstands)

10.07.91: Resolution und Diskussionsvorschlag der öffentlichen Versammlung des SPD-Ortsvereins Düsseldorf-Flingerbroich zur Pflegeversicherung

1. Wie schon bei der Steuerlüge und den Versprechen zur sozialen Einheit ist auch mit der Pflegeversicherung ein weiterer Versuch der Bonner Regierung verbunden, eine Politik des Sozialabbaus zu beschleunigen.

In dieser Situation hat die SPD die Verantwortung, im Dialog mit den Betroffenen, den DGB-Gewerkschaften und insbesondere mit der Gewerkschaft ÖTV, für eine Lösung der Pflegeversicherung einzutreten, die das Risiko der Pflegebedürftigkeit für alle wirklich absichert, anstatt die bisherigen Mittel lediglich umzuverteilen und die Bevölkerung die Lasten allein tragen zu lassen.

Arbeitslosigkeit, Zerstörung von Betrieben und Entindustrialisierung v.a. im Osten, diese Regierung provoziert weitere soziale Explosionen und Ungerechtigkeiten. O. Lafontaine hat erklärt, sie verliere täglich mehr ihre soziale Basis. Ihre Politik zur Pflegeversicherung ist ein weiterer Beitrag zu dieser unhaltbaren Politik. Notwendig ist deshalb die umgehende Initiative der SPD für die Übernahme der Regierungsverantwortung. Die SPD muß ihre Forderung nach Neuwahlen, für den Rücktritt der Regierung Kohl, gestützt auf die Opfer, die diese Politik täglich fordert, mit Nachdruck vertreten.

Denn:

2. Die soziale und finanzielle Lösung und Absicherung der Bevölkerung bei **Pflegebedürftigkeit ist eines der drängendsten sozialpolitischen Probleme** der deutschen Gegenwart.

3. **Die Leitlinie der CDU** ist bereits 1988 vom damaligen Kanzleramtsminister Schäuble vorm CDU-Wirtschaftsrat formuliert worden:

"Unsere Arbeitskosten sind hoch, wir belegen einen Spitzenplatz....Wir tun das unsere, sie zu senken. Dazu dienen die Strukturreform unserer Krankenversicherung und die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung."

Diese Linie hat der CDU-Wirtschaftsrat erneut aufgenommen, wenn er eine Belastung der Unternehmer zu 50 % der Beiträge für die Pflegeversicherung ablehnt.

4. **Die FDP und die Unternehmer** fordern eine Lösung im Interesse der Versicherungskonzerne, die die Absicherung der Pflegebedürftigkeit nur denen gestattet, die ohnehin materiell gut versorgt sind, während breiteste Teile der Bevölkerung aufgrund der Aufwendungen sich diese Form der Absicherung nicht werden leisten können.

5. Gemeinsam mit Blüm?

Das Blüm'sche Modell basiert auf einer weiteren Kürzung der Ausgaben der Krankenversicherung, ohne allerdings die Supergewinne der Pharmakonzerne anzutasten. Es verfolgt das Ziel, die Kommunen von den Sozialhilfeausgaben zu entlasten, um dann diese Kosten allein den Versicherten aufzubürden, derweil der Bund aus seiner Verantwortung entlassen werden soll. Eine Verbesserung der Situation für die Betroffenen, eine wirkliche Absicherung der Pflegebedürftigkeit durch Bereitstellung ausreichender Finanzen, findet nicht statt! Das Blüm-Modell verteilt lediglich um (von unten nach oben!) anstatt eine Sicherstellung der Pflege durch Ausbau der Finanzausstattung sicherzustellen.

6. Die CDU in sich und ebenso die Koalition von CDU/CSU und FDP ist in der Frage der Pflegeversicherung heillos zerstritten. Das untaugliche Blüm-Modell geht dabei Teilen der CDU und der gesamten FDP zu weit. Sie fordern die Entlastung der Unternehmer aus der Versicherung und dem Solidarprinzip, um so einen Einstieg in die gleiche Richtung bei zunächst der Krankenversicherung durchzusetzen.

Sie fordern - wie schon beim sog. Gesundheitsreformgesetz - daß Pflegebedürftigkeit bestraft wird: die Betroffenen sollen selber zahlen. Damit wird Pflege unbezahlbar, das Elend der Betroffenen verstärkt und ebenso der Pflegenotstand!

7. Alle Anstrengungen, die Pflegebedürftigkeit abzusichern, stehen und fallen mit den Maßnahmen zur Beseitigung des Pflegenotstandes. Wir erleben gerade jetzt, wie in den neuen Bundesländern die Einrichtungen des Gesundheitswesens von einer dramatischen Entlassungswelle erfaßt werden, um sie dem westlichen Personalstandard anzupassen. Es ist aber gerade diese völlig unzureichende Personalausstattung (im Westen), die, seit 1969 in der Altenpflege lediglich im Rahmen der Arbeitszeitverkürzung modifiziert, die Ursache für unerträgliche Arbeitsbelastung, für Burn-out, Berufsaufgabe und schließlich den Personalnotstand in der Pflege darstellt.

Wenn, wie in den verschiedenen Entwürfen zur Pflegeversicherung dokumentiert, die ambulante Pflege gestärkt werden soll, so verlangt dies eine Verfünffachung der derzeitigen Personalbemessung, wenn die Niederlande als Vergleichsland zugrundegelegt werden. Analog ist für die stationäre Pflege zu verfahren!

8. Insbesondere die FDP propagiert mit ihrem Entwurf zur Pflegeversicherung auch eine radikale Privatisierung - v.a. im ambulanten Sektor.

Neben der klaren Absage an jegliche Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist es notwendig, die derzeitigen Anbieterstrukturen der ambulanten Altenpflege derart zu strukturieren, daß eine kommunale Vernetzung und Koordination der Angebote sichergestellt ist.

9. Der Entwurf der SPD weist folgende Mängel auf:

Bei einer durchschnittlichen Rente von 750 DM für Frauen sind die veranschlagten Hotelkosten (Miete, Reinigung, Kost) wesentlich zu hoch gegriffen. Die Hotelkosten müssen frei von Investitionskosten sein, sonst bleibt es - trotz Pflegeversicherung - bei dem entwürdigenden Status der TaschengeldempfängerInnen für Pflegebedürftige....

Auch ist die Frage der Finanzierung der Investitionskosten überaus problematisch: Länder und Kommunen stehen aufgrund der Politik der Bonner Regierung einerseits vor leeren Kassen, andererseits vor immensen Aufgaben.

So wie das Ziel der Pflegeversicherung nicht sein darf, die Kommunen lediglich von den Kosten der durch die Pflege entstehenden Sozialhilfeaufwendungen zu befreien, so kann die Frage der Finanzierung der Investitionen nur über den Bund gelöst werden.

Dies wird sofort deutlich angesichts der katastrophalen Finanzlage der Länder und Kommunen in der ehemaligen DDR. Ihnen die Investitionskosten zuzuweisen, kommt einer Politik, die auf diese Investitionen und damit die Absicherung der Pflegebedürftigkeit verzichtet, gleich. Die derzeitige Diskussion um das in NRW geplante Kindertagesstättengesetz zeigt, daß auch im Westen die Grenze der Belastbarkeit der Kommunen erreicht ist.

So reicht die Anschubfinanzierung allein für die neuen Länder durch den Bund nicht aus. Er ist für alle Länder in der Verantwortung. Daß diese Regierung diese Verantwortung auf die Länder und Kommunen abwälzt, ist Grundlage ihrer Politik seit der Wende 1982.

Gerade aber die Finanzierungsfrage verdeutlicht erneut, daß die Absicherung des Pflegefallrisikos nur politisch im Interesse der Gesellschaft entschieden werden kann, wenn die Regierung Kohl und die sie tragenden Parteien abgelöst werden. So muß die Initiative der SPD für eine Pflegeversicherung eins werden mit einer Initiative für Neuwahlen.

Leipzig - Sicherung des Industriestandortes

Metaller und Metallerinnen wehren sich gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze

Der Leipziger Metallindustriestandort ist enorm von der Vernichtung bedroht. Von 70.000 Beschäftigten sind derzeit ca. 50.000 direkt von der drohenden Arbeitslosigkeit betroffen. Nur 10.000 bis ca. 15.000 ArbeiterInnen aus dem Metallbereich seien abgesichert, so der Leipziger IGM-Bevollmächtigte Kletzin. An die 100 Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall diskutierten am 18. Juni 1991 in Leipzig über die weitere Vorgehensweise im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze. Die Versammlung stand unter dem Motto „Leipzig - Erhalt des Industriestandortes". Doch die Situation stellt sich dramatisch dar. Unverblümt fordert der Unternehmerverband Personalschnitte von 75 Prozent der Belegschaften, die rausgeworfen werden sollen.

Gespräche der IG Metall mit der Treuhand und der sächsischen Landesregierung haben nichts gebracht. Der Dialog wurde unter der im Frühjahr von den IGM-Betriebsräten aufgestellten Forderung: „Keine Kündigungen mehr in diesem Jahr", geführt.
Die Gewerkschaft sieht sich nur noch in der Lage, den Belegschaften den Erhalt ihrer Betriebe durch die Übernahme in ABM und Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften anzubieten. Viele Betriebsräte und Kollegen, die sich schon immer gegen Kündigungen ausgesprochen haben, fühlen sich verlassen. Für die MetallerInnen ist die Errichtung solcher Gesellschaften keine Lösung, sie wollen ihre Arbeit.

Sie wollen weiter Gabelstapler und Schiffsentlader bauen und nicht allmählich in die drohende Arbeitslosigkeit gehen. „Die Gewerkschaftsführung hat gar keinen Versuch unternommen, VTA (Verlade- und Transportanlagen Leipzig) zu halten", kritisiert der Betriebsratsvorsitzende Bernd Mai.

In dieser angespannten und bedrohlichen Situation haben die Kollegen und Kolleginnen der VTA GmbH, mit Unterstützung der IG Metall, ihren Betrieb besetzt.

"Allein kommen wir nicht weiter, wir brauchen die Gewerkschaft" - so die MetallerInnen auf der Leipziger Versammlung.

IGM-Sekretär Hawor fordert ebenfalls zum Widerstand auf und verteidigt die Betriebsbesetzung als gerechtfertigte Maßnahme. Denn selbst die von der IG Metall geplanten Beschäftigungsgesellschaften werden von der Treuhand abgelehnt. Auch wenn die Gewerkschaft für ihr Vorhaben ein Finanz- und Strukturprogramm entwickelt hat, die Erhaltung des Betriebes ist freilich damit nicht gesichert.
Perspektivlosigkeit macht sich breit: „Es ist verständlich, daß für die Modernisierung bestimmter Produktionsanlagen zeitweilig ABM genutzt werden. Aber die bisherigen ABM dienen nur der Abwicklung unseres Betriebes".

Nicht für die Schaffung von Beschäftigungsgesellschaften, sondern für den Erhalt der Arbeit besetzen die Belegschaften ihre Betriebe. Und dies erzielt Wirkung!

Bei VTA Leipzig müssen mehrere Chefs gehen. Bei Werkzeugprüfmaschinen, ein ebenfalls großer Metallbetrieb Leipzigs, wurden, nach einer dreitägigen Betriebsversammlung unter Androhung einer Besetzung, 900 Kündigungen zurückgenommen.

Mit dem Widerstand der Leipziger MetallerInnen wehren sich auch in anderen Regionen Sachsens Belegschaften gegen den Betriebstod. In Scharfenstein bei Zschopau, im „dkk Scharfenstein", dem einzigen Kühlschrank-Kompressorenhersteller in Deutschland, beschlossen 2.000 Beschäftigte, im Betrieb zu bleiben. Im Zwickauer Automobilwerk Sachsenring wurden die Werkstore blockiert, dort mußte die Treuhand nachgeben, trotzdem ist die „Blockade nur ausgesetzt". In Chemnitz, Görlitz, Bautzen und Bischofswerda reagieren die Belegschaften ebenfalls auf die zerstörerische Politik der Regierung Kohl und deren Treuhandanstalt.

Treuhandanstalt beharrt auf rigoroser Planierung und Privatisierung - gegen die betroffenen Belegschaften

Nicht nur für die Leipziger MetallerInnen ist der Aufbau der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften die letzte Hoffnung, ihre Arbeit auf „unbestimmte" Zeit zu behalten, aber vor allem den Kontakt zur Belegschaft und zur Gewerkschaft nicht kappen zu müssen. Dies ist

Treuhand beteiligt sich an Arbeitsförderung im Osten

Vereinbarung über Beschäftigungsgesellschaften steht

Von unserem Redaktionsmitglied Roland Bunzenthal

FRANKFURT A. M., 17. Juli. Der seit Anfang Juni dauernde Streit zwischen der Treuhandanstalt und den Gewerkschaften über die Gründung sogenannter Beschäftigungsgesellschaften ist beigelegt. Bei einem Spitzengespräch unter weiterer Beteiligung der Arbeitgeber und der neuen Länder einigte man sich am Mittwoch in Berlin auf eine „Rahmenvereinbarung zur Bildung von Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS)".

Geplant ist ein dreistufiges System: An Trägergesellschaften auf Landesebene wird sich die Treuhand mit bis zu zehn Prozent beteiligen. Diese gründen regionale Träger, die wiederum betriebsnahe ABS ins Leben rufen. Letztere dürften demnach vor allem Kommunen und Organisationen der beruflichen Bildung als Gesellschafter haben, sagte Horst Klaus, Vorstandmitglied der IG Metall, der FR. Die Gewerkschaft werde sich von Fall zu Fall über Einzelpersonen beteiligen.

Die IG Metall habe dem Kompromiß nur „zähneknirschend" zugestimmt, erklärte Klaus. Er bezeichnete ihn als „Notlösung". Angesichts der drängenden Probleme hunderttausender Arbeitnehmer sei jedoch eine schnelle praktische Hilfe erforderlich gewesen. Insbesonders hat die Treuhand durchgesetzt, daß sich die von ihr kontrollierten Unternehmen nicht direkt an solchen Gesellschaften beteiligen. Allerdings sind die entlassenden Betriebe verpflichtet, die ABS sachlich, finanziell und personell zu unterstützen und haben darüberhinaus laut Klaus „eine Initiativfunktion".

In einem weiteren Punkt mußte die Gewerkschaft zurückstecken: Wechselt ein Arbeitnehmer vom alten Betrieb in eine ABS, endet nach der Rahmenvereinbarung sein bisheriger Arbeitsvertrag. Dies hatten die Gewerkschaften zu verhindern versucht. Er kann aber unter anderem vom Arbeitsamt weiterhin Kurzarbeitergeld beziehen. (siehe auch Wirtschaft)

die Voraussetzung für den weiteren Arbeitskampf.

Doch selbst die Schaffung solcher „Bewahranstalten" lehnt die Treuhand ab.[1] Auf einer Regionalkonferenz im Juni in Leipzig, sagte Treuhand-Chefin Breuel: „Die Privatisierung der Betriebe ist Hauptaufgabe, der Rest ist Beiwerk". Betriebsschließungen und Liquidationen werden „behutsam gemacht".

Mit dem Verbot der Treuhand, daß sich die Betriebe in Form des Gesellschafters an Beschäftigungsgesellschaften beteiligen, beweist sie in skandalöser Form, als Regierungsanstalt, wie ihr Konzept aussieht:
Liquidieren der Betriebe - gegen den Willen der Belegschaften!

Nach dem andauernden massiven Druck hat sich die Treuhand erneut einen Coup ausgedacht, die Errichtung von „Arbeitsförderungsgesellschaften" unter der Federführung von sogenannten „Dachgesellschaften".

Der Vorschlag ist, in den neuen Bundesländern jeweils eine Dachgesellschaft zu gründen. Weiterhin will die Treuhand maximal 10 % des Stammkapitals übernehmen. Das heißt die Betriebe bleiben außen vor, die Betriebsräte und Belegschaften haben keinen Einfluß mehr auf die Geschehnisse in ihrem Betrieb. Die Verantwortung für arbeitsmarkt- und strukturpolitische Entscheidungen liegt bei der Dachgesellschaft. Die finanzielle Hauptlast soll bei den Ländern und den Kommunen liegen. Dies zu leisten, ist für die arg gebeutelten Kommunen und Länder nicht möglich.
Die IG Metall fordert, die Treuhand muß sich als Träger der Betriebe direkt an den Beschäftigungsgesellschaften beteiligen. Es darf keine Höchstgrenze für die finanzielle Beteiligung geben.
Die Treuhandanstalt knüpft an ihr vermessenes Angebot noch weitere unhaltbare Bedingungen. Die Dachgesellschaften:
- sollen nur 6 Monate Management und andere personelle Hilfen erfahren,
- dürfen den gesetzlichen Auftrag der Treuhand, die Unternehmen zu privatisieren und zu sanieren, nicht gefährden,
- dürfen Unternehmen in Handwerk, Gewerbe und mittelständischer Industrie nicht behindern,
- brauchen staatliche Gelder aus Kommunen und Länder.

Diese Forderungen zeigen drastisch auf, daß die Treuhandanstalt nicht gewillt ist, die Industriestandorte Sachsens zu sanieren oder zu erhalten, sondern es geht um die gnadenlose Abwicklung der Metallindustrie. Besonders deutlich wird dies bei der angedrohten Schließung von "dkk Scharfenstein" und dem „Mähdrescherwerk Bischofswerda", die als moderne Betriebe gelten.

Die Gewerkschaft fordert Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften zur Sanierung der Betriebe und hofft auf klein- und mittelständische Unternehmen, die sich ansiedeln und die Beschäftigten übernehmen sollen. Dabei

ABM und Beschäftigungsgesellschaften

sollen die Belegschaften in ABM übernommen werden, ohne Übernahmegarantie nach Auslaufen der Maßnahme. Im Klartext heißt das, langsames Sterben des Industriestandortes und allmähliches Übergehen in die Arbeitslosigkeit.

Dies paßt auch recht in das Bild der Leipziger Städte- und Strukturplaner. In Leipzig als zukünftiger Messe-, Medien- und Bürostadt sollen große Industriestandorte keine Chance mehr haben.

Beides lehnen die MetallerInnen ab. Sie wollen weiterproduzieren, wobei sie die Beschäftigungsgesellschaften als Grundlage für weitere Initiativen zur Erhaltung ihres Betriebes und ihrer Arbeitsplätze erkennen. Um diese Zerstörungspolitik der Regierung Kohl zu stoppen, benötigen wir die vereinte Initiative der Belegschaften mit ihren Gewerkschaften, nur so kann die Wende erzwungen werden.

Steffen Kühhirt - Leipzig

[1] Der Artikel wurde vor der Entscheidung der Treuhand, sich an Beschäftigungsgesellschaften zu beteiligen, geschrieben. Doch die hier angesprochenen Fragen der sogenannten „Dachgesellschaften" sind aktuell geblieben.

Quellen:
BASIS-Projektvorschlag für die sächs. Landesregierung
taz v. 28.6.91
LVZ v. 31.5.91
IGM-Hausinfo Frankfurt
IGM-Info VW Leipzig
metall Nr. 12/13

ABM - eine Gefahr?

In den SPD-regierten Ländern der alten Bundesrepublik wurden in Anbetracht von Strukturzusammenbrüchen und -veränderungen seit mehreren Jahren die sog. Beschäftigungsgesellschaften als ein Mittel zur Überbrückung der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit propagiert und diese Beschäftigungsgesellschaften u.a. aus ABM-Mitteln finanziert. Auch in unseren 5 neuen Ländern treten wir dafür ein, soviel wie möglich Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften zu bilden, um wenigstens einem Teil des ständig anwachsenden Arbeitslosenheeres eine soziale Bindung und vernünftige Tätigkeit in einer Betriebsgemeinschaft zu bieten.

Bundesarbeitsminister N. Blüm (CDU) und die Koalitionsregierung propagieren nun seit mehreren Monaten immer stärker die Durchführung von ABM in Ostdeutschland.
Nun sind eigentlich ABM laut AFG (Arbeitsförderungsgesetz) ursprünglich für Arbeitslose mit mind. 6 Monate Arbeitslosigkeit und insbesondere für sog. Langzeitarbeitslose bestimmt. Ihr Ziel ist es, möglichst Voraussetzungen für die Beschäftigung des Arbeitslosen in Dauerarbeit zu schaffen, d.h. also dessen nahtlosen Übergang von ABM in einen festen Arbeitsplatz zu ermöglichen, bzw. Langzeitarbeitslose zumindest vorübergehend mit Arbeit zu versorgen und zugleich eine erneute Anspruchsgrundlage für Arbeitslosengeld zu schaffen.
Desweiteren dürfen durch ABM nur Arbeiten ausgeführt werden, die im öffentlichen Interesse liegen, soweit diese Arbeiten sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden; insbesondere betrifft das also Arbeiten, die zusätzlich sind, also nicht zum normalen Aufgabengebiet des ABM-Trägers gehören, und zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur oder zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt dienen.

Wie sieht aber nun die Realität in den ostdeutschen Bundesländern aus?

ABM werden nicht nur Arbeitslosen unabhängig von der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit angeboten, sondern sogar Kurzarbeitern. In Anbetracht der katastrophalen Wirtschaftslage ist in den meisten Fällen von vornherein nicht zu erwarten, daß aus der ABM-Stelle ein fester Arbeitsplatz wird.
Nun zeigt sich in den letzten Wochen sogar die eindeutige Gefahr, daß Arbeitsplätze und Arbeitsrechte durch ABM vernichtet bzw. angegriffen werden.

1. Für reguläre Arbeitsplätze wird keine feste Arbeitskraft eingestellt, sondern diese mit ABM-Kräften besetzt.
2. Vorhandene Arbeitsplätze werden beseitigt und mit den weiterhin vorhandenen Aufgaben werden ABM-Kräfte betraut.

Fortsetzung auf nächster Seite

3. Mitarbeiter werden entlassen und als ABM-Kraft wieder eingestellt.
4. Die ABM-Kräfte haben erhebliche arbeitsrechtliche Einbußen (Lohnverluste, Kündigungsrechte, Betriebszugehörigkeit).

Das heißt also, durch ABM werden stabile Arbeitsplätze vernichtet und zusätzlich die Rechte der Arbeitnehmer beschnitten.

In den letzten Wochen haben sich auch die Arbeitsgeberverbände zu Wort gemeldet und lautstark die ABM in Ostdeutschland begrüßt. In Anbetracht des 2. Teils des vorhergehenden Satzes ist das verständlich. Man kann außerdem glatt den Eindruck gewinnen, daß die Arbeitgeber z.Z. gar nicht an der Schaffung neuer Arbeitplätze im Osten interessiert sind und durch das ABM-Konzept dem Staat die Verantwortung über die Versorgung der Arbeitnehmer mit Arbeit hinüberschieben.
Das können wir nicht zulassen!

Beispiele:

Zu 1.
Einrichtungen und Organisationen lassen sich für notwendige und fest geplante Dauermaßnahmen ABM-Kräfte durch das Arbeitsamt vermitteln (im Gegegensatz zur Bestimmung des AfG, daß es sich um „zusätzliche Arbeit" handeln muß), bzw. vergeben keine Aufträge an das Handwerk und den Mittelstand

Zu 2.
Insbesondere Kommunen, Gemeinden, Städte streichen Arbeitsstellen (z.B. bei Kindergärten, im Grünflächenamt, bei öffentlichen Bädern, Sporteinrichtungen...)

Hansjörg Kretzschmar

Unabhängiger Frauenverband Parlamentsfrauenkonferenz

ABM - Warteschleife ohne Landeplatz

Die Bundesregierung sieht derzeit in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen offensichtlich das einzig greifende Mittel gegen die katastrophale Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR. Es wird wie ein Wundermittel gehandelt.

Welches Konzept der Bundesregierung steckt hinter der momentanen ABM-Politik in den neuen Ländern? Die Teilnehmerinnen der UFV-ParlamentsFrauenkonferenz haben auf ihrem zweiten Treffen in Leipzig festgestellt, daß es sich bei der übergroßen Mehrheit der ABM langfristig nicht um Aufbau, sondern Abbau von Arbeitsplätzen handelt. Nach Ablauf der ABM-Stelle stehen die so beschäftigten Frauen und Männer an der gleichen Stelle wie zuvor - nur zwei Jahre älter. Niemand garantiert ihnen, daß sie übernommen werden. ABM wird zu einer "tätigen" Warteschleife. Es ist sogar gängige Praxis, daß Regelarbeitsplätze (z.B. der Arbeitsplatz einer/s KrippenerzieherIn) über ABM finanziert werden. Es ist kein Zufall, sondern patriarchale Arbeitsmarktpolitik, wenn sich dies besonders auf "typische" Frauenarbeitsbereiche richtet.

Der nach dem Gießkannenprinzip betriebenen ABM-Politik in den ostdeutschen Ländern setzen die UFV-Abgeordneten entgegen:

1. Dauerarbeitsplätze im öffentlichen Dienst dürfen nicht in ABM umgewandelt werden. Statt dessen sind den Kommunen ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, die den Erhalt der Regelarbeitsplätze sichern.

2. Prinzipiell sind ABM nur für indirekte Projektfinanzierung und - so die Gesetzgebung - für Zusatzaufgaben im Komplementärbereich zuzulassen.

3. Bei Einsatz von ABM müssen diese eine arbeitsrechtliche Gleichstellung erfahren.

Zu verurteilen ist die allgemein übliche Praxis, Arbeitsplätze im Frauenprojektbereich als Zusatzaufgaben einzustufen, obwohl Frauen in den Projekten "Vater Staat" Verantwortung abnehmen. Sie leisten eine gesellschaftlich notwendige Arbeit und müssen deshalb als Regelarbeitsplätze finanziert werden.

Es ist ein Skandal, daß die Erwerbstätigen ABM über ihr eigenen Versicherungsbeiträge selbst finanzieren. Wir fordern statt dessen: Diejenigen„ deren Profil an der deutschen Einheit schwindelnde Höhen erreicht, müssen zur Kasse gebeten werden.

Frankfurt/M., 10.7.91

Hessische Landesregierung kürzt Unterricht - Regierung Kohl entzieht dem Landeshaushalt halbe Milliarde Mark im Namen der Einheit!

Der Artikel zur Bildungspolitik in Berlin in den „Briefen" 7/1991 veranlaßt mich, die Situation in Hessen darzustellen. Anders als in Berlin haben wir nach einem Wahlsieg von SPD und Grünen über Kohls Statthalter Wallmann eine rot-grüne Landesregierung.

In ihrem Wahlprogramm hatte die SPD 3.000 neue Lehrerstellen versprochen. Dem war eine breite Mobilisierung der Eltern, Lehrer und Schüler für eine bessere Lehrerversorgung vorausgegangen.
Koalitionsvereinbarungen und Nachtragshaushalte 91 brachten allerdings ein Problem:
Die beschlossene Arbeitszeitverkürzung der Lehrer soll nicht durch entsprechende Neueinstellungen (ca. 1.750 Stellen) ausgeglichen werden, sondern es sollen nur 900 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Davon war ein Teil (ca. 200) sogar noch für besondere pädagogische Aufgaben vorgesehen.

Folge: Unterrichtskürzungen. Begründet wurde die Sparmaßnahme mit den Kosten der Einheit, weitere Einstellungen wurden sogar unter einen „Finanzierungsvorbehalt" gestellt.
Die ersten ablehnenden Reaktionen von Eltern und Lehrern kamen noch vor den Sommerferien. Die Hessenseite der "Frankfurter Rundschau" hatte am 3.7.91 die Überschrift: „Stunde der Wahrheit schlägt erst Mitte August. Wegen des zunehmenden Unterrichtsausfalls steigt der politische Druck auf Holzapfel" (Holzapfel ist hessischer Kultusminister).

Die Mobilisierung im Bildungsbereich gegen die CDU-Landesregierung Wallmann hatte 2 Höhepunkte: Streik der hessischen Lehrer mit der GEW für Arbeitszeitverkürzung und ihre beschäftigungswirksame Umsetzung (1988) und die Bewegung der Eltern, Lehrer und Schüler gegen den Lehrermangel (1989/90).

Die hessische SPD hat die bisher verweigerte Arbeitszeitverkürzung versprochen und in ihr Regierungsprogramm aufgenommen: „Eine SPD-geführte Re-

gierung wird bis 1995 3.000 neue Stellen schaffen."
Die hessische GEW hatte sogar 6.000 neue Lehrer gefordert.
Die Mobilisierung der Bevölkerung gegen die CDU/FDP-Regierung unter Wallmann wurde in den landesweit geklebten Plakaten unserer Partei, der SPD, aufgenommen: „3.000 neue Lehrer an die Schulen!"
SPD und Grüne gewannen die Hessenwahl im Januar 1991 und bildeten eine Koalitionsregierung. Aber in den Koalitionsvereinbarungen für die Bildungspolitik wurde für das Schuljahr 1992/93 eine Kürzung der Pflichtstundentafel angekündigt. Begründet wurde dies mit einer Entlastung der Schüler und der Einführung der 5-Tage-Woche an den Schulen.

Politische Bewegung in die Schullandschaft kam aber, als mit der Vorstellung des Nachtragshaushalts '91 klar wurde, daß mit den geplanten 900 Lehrereinstellungen bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung (entspricht 1.750 Stellen) Unterricht gekürzt werden mußte.

Auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen (AfB) der Frankfurter SPD im Juni '91 erklärte Kultusminister Holzapfel gegenüber Eltern: Die Klassengrößen kann man unmöglich heraufsetzen, deshalb sollen die Schulen die durch Arbeitszeitverkürzung wegfallenden Stunden selbständig in der Stundentafel kürzen, da diese im nächsten Schuljahr 92/93 ohnehin gekürzt werden soll.
Als politische Begründung für die nicht ausreichenden Einstellungen in diesem Schuljahr wurden die Kosten der Einheit von ihm angeführt.
Die Reaktionen der Eltern und Lehrer in Frankfurt kamen prompt. Auf der AfB-Versammlung haben viele Eltern ihr Unverständnis und ihre Enttäuschung zum Ausdruck gebracht.
Entgegen dem Herunterspielen der Unterrichtskürzung durch den Minister haben sie entschieden, an der vollen Erfüllung der gesetzlichen Stundentafel festzuhalten. Das hat dazu geführt, daß sich einige SPD-Mandatsträger auf die Seite der Eltern gestellt haben.
Einzelne Eltern hofften auf Änderung dieser Entscheidungen durch weitere Gespräche. Niemand von ihnen hieß diese Politik für gut.
In einzelnen Grundschulen protestierten Eltern zu Beginn der Sommerferien - in einem Fall schon vor Bildung der 1. Klassen - gegen Klassen über 25 und Unterrichtsausfall, an mehreren Gymnasien lehnten die Eltern Unterrichtskürzungen ab. An meiner Schule, einer integrierten Gesamtschule, hat sich die Gesamtkonferenz der Lehrer fast einstimmig gegen die Stundentafelkürzung ausgesprochen (s. Anhang).

Ein Kommentator der „FR" schreibt am 27.6.91: „Als die SPD vor den hessischen Landtagswahlen 3.000 Lehrer versprochen hatte, da wußten viele Eltern und Pädagogen schon, was sie mit den neuen Kollegen anfangen könnten. Kleine Klassen, mehr Betreuung, intensive Förderung vieler Schüler....Vor dem Horizont selbstgeweckter Erwartungen hat die neue Landesregierung mit Kultusminister Holzapfel einen ganz schlechten Start hingelegt. Statt mehr Lehrer werden in Frankfurt 80 weniger unterrichten."

Kosten der Einheit - Argument für die Sparpolitik der hessischen Landesregierung?

Ein Blick auf den Nachtragsetat 1991:
Volumen: mehr als 1 Milliarde (!) Mark, 504 Millionen für die Aufstockung der Umsatzsteueranteile der neuen Bundesländer, 27 Millionen für 900 neue Lehrerstellen, 512 Millionen Neuverschuldung.
Fast die Hälfte des Etats wird als Kosten für die Einheit geführt, mehr als die Hälfte muß durch Neuverschuldung gedeckt werden, der Ausgabenanteil für die Lehrer liegt unter 2 %.
Die Frage für uns Sozialdemokraten ist dabei, ob die Schülerinnen und Schüler zu Leidtragenden der Vereinigung gemacht werden dürfen. Können wir es zulassen, daß unsere Partei praktisch von ihrem grundsätzlichen Anspruch auf „Bildung für alle" abgeht?
Und wie sieht es denn in Ostdeutschland aus ? Können wir hinnehmen, daß in den neuen Bundesländern ebenfalls an der Bildung gespart wird, indem 10tausende Lehrer entlassen werden und die Klassen vergrößert werden?
Sollen wir akzeptieren, daß die Regierung Kohl aus dem Landeshaushalt scheinbar für die Kosten der Einheit riesige Geldmengen entzieht, während sie gleichzeitig Großverdienern, Banken, Unternehmen Steuerbefreiung und -erleichterung gewährt und ihnen durch billige Ankäufe bei der Treuhand, Grundstücksspekulationen, Betriebsschließungen usw. in den neuen Bundesländern die Anhäufung riesiger Geldmengen ermöglicht? (siehe dazu Leitartikel in „Briefen" 7/91).
Der hessische Kultusminister Holzapfel steht unter politischem Druck. Der bloße Hinweis auf die "Kosten der Einheit" vermag ihn davor nicht zu schützen.

Meines Erachtens müssen er, die Landesregierung und die SPD die Verantwortung der Regierung Kohl für die gigantische Umverteilungspolitik zu Lasten der ArbeitnehmerInnen, der Länder und Kommunen nennen, wozu auch die Zerstörung der sozialen Strukturen und des Bildungsbereichs in den neuen Ländern gehört.
Denn diese Politik der Bundesregierung wird auch die versprochenen 3.000 neuen Lehrer auffressen, wenn sie nicht gestoppt wird.
So kann der August zur „Stunde der Wahrheit" für die Regierung im Bildungsbereich werden.
Hessen muß wieder Gegengewicht zur Regierung Kohl werden! Nach Wallmann kann Kohl abgelöst werden!

Lothar Ott
(SPD-OV-Vorstandsmitglied)

Dokument:
ERS II Integrierte Gesamtschule der Stadt Frankfurt/M.
Beschluß der Gesamtkonferenz der Ernst-Reuter-Schule II

„In Verantwortung für eine qualifizierte, umfassende Bildung für unsere SchülerInnen, im Respekt vor der Forderung unserer Eltern und unseres Kollegiums nach voller Erfüllung der gesetzlichen Stundentafel vom Dezember 90 und in Erwägung, daß eine Kürzung der Stundentafel ohne umfassende pädagogische Diskussion stattfinden soll, lehnt die Gesamtkonferenz der Ernst-Reuter-Schule II aus grundsätzlichen Überlegungen die Kürzung der Stundentafel ab und fordert die Hessische Landesregierung auf, die Arbeitszeitverkürzung der Lehrer durch entsprechende Neueinstellungen zum 1.8.91 zu kompensieren."

(1 Gegenstimme, 1 Enthaltung)

Frankfurt/M., den 25.6.91

Kindereinrichtungen in Sachsen

Situation bei den Krippen- und Kindergartenplätzen in Chemnitz

Es bleiben viele Fragen offen

"Es kann nicht um den Erhalt aller Kindereinrichtungen in der Stadt gehen" schreibt Frau Bärbel Markert, Abgeordnete der CDU im Chemnitzer Stadtrat, an die Chemnitzer Erzieherinnen, die sich mit der Forderung des Erhalts aller Krippen und Kindergartenplätze an die Rathausfraktionen gewandt haben.

Sozialdezernent Peter Fittig (SPD) hatte dagegen auf einer Veranstaltung am 18.6.91 vor ca. 300 ErzieherInnen und Eltern erklärt, daß die Einrichtungen *„bedarfsgerecht"* weiter existieren werden und daher keine Einrichtungen geschlossen werden.

Doch Landessozialminister Geisler (CDU) kündigte schon an, daß *"etwa 4800 Erzieherinnen (in Sachsen) demnächst Kündigungen ins Haus flattern"* werden. Das betrifft natürlich auch Chemnitz. Aus dem städtischen Haushalt geht hervor, daß seit dem 1.4.91 eine Umstrukturierung bei Kindergartenplätzen stattfindet, wodurch Plätze abgebaut wurden. So sind beim Wechsel vom ersten zum zweiten Quartal dieses Jahres bereits mehrere hundert Krippen- und Kindertagesstättenplätze weggefallen. Warum verschweigt der Sozialdezernent offensichtlich die Wahrheit?

ErzieherInnen und Eltern kämpfen weiter um den Erhalt der Einrichtungen und um einen bezahlbaren Platz für jedes Kind. Keine Kündigungen von ErzieherInnen und technischen Mitarbeitern und Anerkennung der beruflichen Abschlüsse aller MitarbeiterInnen sind weitere Forderungen. Sie verlangen erneute Verhandlungen der Stadt Chemnitz mit Vertretern ihres gemeinsamen Aktionsausschusses, Vertretern der GEW und ÖTV zur Durchsetzung dieser Forderungen.

Sylli Grumm.

Interview mit N. Fährmann (SPD Chemnitz)

Frage: Du bist Sozialdemokratin und hast ein Kind im Kindergartenalter. Wie schätzt Du die neuen Elternbeiträge ein?

Antwort: Selbst wenn man die Meinung vertritt, daß Elternbeiträge prinzipiell notwendig sind, sind sie in der ehemaligen DDR auf jeden Fall verfrüht. Die Gehälter hier sind viel niedriger als in den alten Ländern, viele Dinge sind erheblich teurer als im Westen (wie zum Beispiel Lebensmittel), und die Elternbeiträge werden zu einem Zeitpunkt erhoben, wo ohnehin vieles teurer wird. So steigen z.B. die Mieten und die Strompreise drastisch an.

Frage: Hast Du mit Erzieherinnen Kontakt? Was sagen sie dazu?

Antwort: Noch nicht alle Erzieherinnen überblicken, welche Folgen das neue Kindergartengesetz für sie haben wird. Ich habe Erzieherinnen von der ÖTV kennengelernt, die wegen der Höhe der Elternbeiträge befürchten, daß es auch zu einem Abbau der Erzieherstellen kommen wird.

Denn selbst bei Familien die ein Gesamteinkommen von DM 1800,-- oder vielleicht sogar DM 2000,- haben, wird der Elternbeitrag zu einer unzumutbaren Belastung, wenn man auch noch die anderen gestiegenen Kosten in Rechnung stellt.

Frage: Was meinst Du, sollte die SPD in dieser Frage tun?

Antwort: Sie sollte gegen dieses Gesetz protestieren und dafür eintreten, daß es nicht umgesetzt wird.

Die Situation hier in der ehemaligen DDR ist sehr gespannt. Ein Gesetz wie dieses, das die Bevölkerung weiter belastet, wird sie weiter anheizen.

Haushalt Sachsen:

Antrag zur Finanzierung der Kindergärten und - krippen

Nach den Angaben des Ministeriums kostet ein Kinderkrippenplatz 740,-- DM im Monat, dies sind 8.880 DM im Jahr. Ein Kindergartenplatz kostet nach den Angaben des Ministeriums im Monat durchschnittlich 400 DM, das sind 4.800 DM im Jahr.
Nach den Angaben des Ministeriums gibt es
- 220 000 Kindergartenplätze,
- 75.000 Kinderkrippenplätze.

Diese verursachen im Jahr Kosten über 1.722.000 TSD DM. Bisher wurden im Haushalt 549.100 TSD DM festgesetzt. Das heißt, daß von den Eltern und Kommunen ein Betrag von 1.172.900 TSD DM aufgebracht werden muß. Dies würden ca. 68 % der Kosten sein.
Die ersten Diskussionen nach Verabschiedung des Kindereinrichtungsgesetz mit KommunalvertreterInnen haben ergeben, daß die Kommunen sich nicht in der Lage sehen, das im Gesetz verankerte Recht auf einen Kindergartenplatz und die Vorhaltepflicht bei Kinderkrippenplätzen finanziell in die Wirklichkeit umzusetzen. Es kann von einem drohenden Notstand gesprochen werden!
Unsere Nachforderung von 828.500 TSD DM geht von einer 80 %igen Deckung der Kosten durch den Freistaat Sachsen aus. Nur so kann das im Gesetz verabschiedete Recht verwirklicht werden. Die Landesregierung von Sachsen ist erneut aufgefordert, endlich beim Bund die geforderte 50 %-Beteiligung einzuklagen, sonst verkommt Sozialpolitik zu einer reinen Verkündungspolitik.

5 Millionen DM für die Jugend in Sachsen - und keine müde (harte?) Mark mehr?!

Noch im April hat sich die CDU-Fraktion in einer aktuellen Debatte zu den Perspektiven der Jugend im Freistaat wie folgt geäußert:

"In unserem endgültigen Haushaltsplan muß es ausreichende Posten für die Jugendhilfe geben." Nun ist die Zeit der aktuellen Debatten und der lapidaren Worthülsen vorbei und klare politische Entscheidungen bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sind gefragt.

Und da rückt die CDU-Fraktion keine müde Mark mehr als die erwähnten 5 Millionen DM raus. Das Budget bleibt damit wesentlich unter den vom Staatsministerium für Kultur als dringend notwendige Minimalforderung (13 Mio. DM) erarbeiteten Posten.

Ein Vorschlag der Oppositionsfraktionen im Ausschuß Schule, Jugend, Sport, die 5 Mio wenigsten zu verdoppeln, wurde abgelehnt. Lapidare Begründung: alle Bereiche müßten mit knappen Budgets auskommen.

Der Lösungsvorschlag, den Innenminister zu bitten, von seinen 20 Mio. DM für Polizei-Uniformen wenigstens 5 Mio. für Jugendarbeit abzutreten (was nützen neue Uniformen, wenn sich die Polizisten ins Getümmel mit frustrierten Jugendlichen stürzen müssen?), wurde ignoriert.

Wir fragen an, was ist wichtiger: Jugendarbeit oder schmucke Polizeiuniformen?

Die Oppositionsanträge zur dringend notwendig erscheinenden Erhöhung des Budgets für den Sport wurden ebenfalls abgelehnt.

Antje Rush, MdL,
jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne
Thomas Mädler, MdL,
sportpolitischer Sprecher der Fraktion der SPD

Landesregierung gegen Seilschaften hilflos

In ihrem von der Fraktion Bündnis 90 eingebrachten Antrag „Sachsen wird leben" (siehe Briefe zur sozialen Einheit Nr. 1) wird folgende Forderung erhoben:

"Die obersten Entscheidungsträger im Betrieb, sowie sämtliche Personalchefs, die bereits vor dem Sturz der SED-Diktatur in den Kaderabteilungen bzw. in führenden Positionen gearbeitet haben, werden per Beschluß des Landtages Sachsen ihrer Funktion enthoben. Nur mit einem Vertrauensvotum der Belegschaft kann eine erneute Benennung erfolgen."

Inzwischen hat die sächsische Landesregierung unter Kurt Biedenkopf geantwortet:

"Der Sächsische Landtag besitzt ebensowenig wie die Sächsische Staatsregierung die Rechtsmacht, die in diesem Punkt der Anfrage genannten leitenden Personen aus ihren Stellungen in Wirtschaftsunternehmen zu entfernen. Hierzu sind nur die nach der jeweiligen Rechtsform des Unternehmens zur Vornahme von Personalentscheidungen auf diesen Leitungsebenen zuständigen Gremien (Vorstand, Aufsichtsrat, Hauptversammlung o.ä.) befugt. Soweit die Staatsregierung oder ihrer Fachaufsicht unterworfene Körperschaften, Anstalten und Stiftungen an wirtschaftenden Unternehmen beteiligt oder in ihren Gremien vertreten sind, wird dieser Einfluß im Sinne einer Entfernung belasteter Personen genutzt werden. Inwieweit der in der Anfrage genannte Personenkreis als belastet anzusehen ist, muß dabei im Einzelfall geprüft werden."

Sächsische Landesregierung:

Für die sozialen Unruhen brauchen wir den Verfassungsschutz

Die Landesregierung des Freistaats Sachsens setzt sich für die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz ein:

„Nach § 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ist auch im Freistaat Sachsen eine Behörde für Verfassungsschutz einzurichten. Die sächsische Landesverfassung wird Rechtsgrundlage eines entsprechenden Landesgesetzes über den Verfassungsschutz sein."

Als einen wichtigen Grund für diese Entscheidung wird in einem Vermerk vom 25.4.1991 vom Aufstellungsstab des Landesbeauftragten für Datenschutz angeführt:

„Die wirtschaftliche Lage wird in Sachsen in einer - hoffentlich überschaubaren - Übergangszeit zu sozialen Verwerfungen und möglicherweise zu Spannungen führen, denen begegnet werden muß, um die verfassungsgemäße Ordnung zu gewährleisten. (...)"

Übernahme von Stasi-Offizieren in den Bundesgrenzschutz

Zu den Enthüllungen des ARD-Magazins Kontraste am 2. Juli 1991 erklärt der innenpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Michael Arnold:

"Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn die gewählten Volksvertreter fast regelmäßig über neue skandalöse Personalentscheidungen der Bonner Koalition aus den Medien erfahren. Der jüngste Fall der Übernahme von über 1000 Offizieren der Staatssicherheit in den Bundesgrenzschutz Ost und das Verbleiben von über 80 hochrangigen Offizieren der Hauptabteilung VI in der Bundesgrenzschutzdirektion Ost in Berlin - so das Magazin Kontraste - stellt eine Mißachtung der Entscheidungen der deutschen Parlamente dar. Überall soll der öffentliche Dienst überprüft werden, aber die Innenministerien übernehmen hunderte Stasioffiziere, die für die Inhaftierung tausender Menschen verantwortlich sind.

Was denkt sich eigentlich der Bundesinnenminister Dr. Schäuble dabei, den Ruf der Bevölkerung vom Herbst 1989 „Stasi raus" in so eklatanter Weise zu mißachten? Die jetzt enttarnten Stasioffiziere sind der „Gauck-Behörde" und damit dem Bundesinnenministerium als solche bekannt gewesen.

Wer wissentlich komplette Stasieinheiten - noch dazu in sicherheitsrelevante Bereiche - übernimmt, gefährdet den inneren Frieden.

Die Fraktion Bündnis 90/ Grüne hat für die Landtagssitzung der nächsten Woche einen dringlichen Antrag eingebracht, um die Staatsregierung durch den Landtag zu beauftragen, im Bundesrat die Übernahme der Stasioffiziere zu verurteilen. Hier muß sich der Föderalismus der Bundesrepublik beweisen. Ich hoffe, daß durch den Protest der SPD-Mehrheit im Bundesrat diese abenteuerliche Entscheidung des Bundesinnenministeriums rückgängig gemacht wird.

Gleichzeitig erwarten wir vom sächsischen Innenminister Dr. Krause, daß er auf der nächsten Innenministerkonferenz die Übernahme zur Sprache bringt."

Rudolph - pers. Referent -

Impressum:

Die „Briefe zur sozialen Einheit" erscheinen 14-tägig.
Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die Unterzeichner verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.
Redaktionsadresse, Kontaktadressen und Bestelladressen:
Gotthard Krupp Sternstraße 50; W - 4000 Düsseldorf 30
Oliver Kloß, Saalfelderstr. 41, O- 7033 Leipzig

Mitteilungen können auch an folgende Fax-Nummern gesandt werden: Düsseldorf 0211 / 498 26 97; Dresden 48 55 307 mit Angabe: „bitte an Thomas Rudolph weiterleiten"

Der regelmäßige Bezug ist nur im Halbjahresabonnement möglich.
Preis des Einzelexemplars: 1.-- DM

Halbjahresabonnement in West:	16,-- DM (incl. Porto)
Halbjahresabonnement in Ost:	12,-- DM (incl. Porto)
Handabonnement in West:	8,-- DM
Handabonnement in Ost:	5,-- DM

Für Mehrfachbezieher (ab 5 Exemplare) gilt der Preis des Handabonnements.
Konto:
Gotthard Krupp, Kontonr.: 67009845, Stadtsparkasse Düsseldorf, BLZ 300 501 10
V.i.S.d.P.: G. Krupp, Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf

Sächsischer Landtag : Dringlicher Antrag

Michael Arnold und Fraktion Bündnis 90/Grüne

Thema:

Zur Übernahme von ehemaligen für den Repressionsapparat der DDR verantwortlichen Sicherheitskräfte in bundesdeutsche Sicherheitsbehörden

Der Landtag wolle beschließen:
die Landesregierung zu beauftragen,

1. gegenüber der Bundesregierung zu protestieren, daß Mitarbeiter der Staatssicherheit, welche in Paßkontrolleinheiten der DDR eingesetzt waren, vom Bundesgrenzschutz übernommen werden,
2. über die Innenministerkonferenz darauf hinzuwirken, daß sich der Bund wie alle Bundesländer darüber einigen, keine ehemaligen Mitarbeiter des früheren polizeilichen Staatsschutzes (KI der Kriminalpolizei) sowie ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in Sicherheitsbehörden (Landespolizei, Bundesgrenzschutz, Ämter für Verfassungsschutz, andere Nachrichtendienste, Zoll) des Bundes und der Länder zu übernehmen.

Begründung:

Am 2. Juli berichtete das ARD-Magazin Kontraste, daß über 1000 Mitarbeiter der Paßkontrolleinheit (PKE) der DDR, eine Einheit des Ministeriums für Staatssicherheit, in den Dienst des Bundesgrenzschutz übernommen werden sollen bzw. übernommen wurden. Die PKE ist in besonderem Maße verantwortlich für die Bespitzelung von Reisenden, für die Repression gegen diese Personengruppe, für die Verhaftung von Unschuldigen sowie für die Anwerbung von neuen Mitarbeitern des MfS. Hierbei wurde systematisch gegen von der DDR ratifizierte Menschenrechtskonventionen verstoßen.
Diese Übernahme geschieht mit Wissen und Willen des Bundesinnenministers. Dem BGS, aber auch anderen Sicherheitsorganen kommt eine eminent wichtige Rolle in einem demokratischen Rechtsstaat zu.
Die Gefahr von Machtmißbrauch besteht trotz demokratischer Kontrollen in besonderem Maße.
Dies gilt besonders für Menschen, bei welchen bekannt ist, daß sie in der Vergangenheit systematisch und nach Planvorgabe Unschuldige überwachten und ins Gefängnis brachten. Dies brachte Ministerpräsident Biedenkopf zum Ausdruck, als er erklärte: „Die Staatsregierung nimmt mit äußerstem Befremden zur Kenntnis, daß das Bundesinnenministerium die beim Staatssicherheitsdienst beschäftigt gewesenen Paßkontrolleure angestellt hat und ins Beamtenverhältnis auf Probe zu übernehmen beabsichtigt. Die Paßkontrolleure der ehemaligen DDR waren allesamt Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes" (PE v. 9.4.91).
Nicht nur beim Bundesgrenzschutz erfolgten derartige Übernahmen ehemaliger Mitarbeiter des DDR-Repressionsapparates. So wurde bekannt, daß im Bundeskriminalamt 42 ehemalige MfS-Offiziere eingestellt werden sollen. Obwohl immer wieder dementiert, verdichten sich die Hinweise, daß bundesdeutsche Nachrichtendienste nicht nur ehemalige MfS-Mitarbeiter befragen, sondern erneut für Spitzeldienste in ihre Dienste zu stellen versuchen.
Eine derartige Kontinuität ist untragbar. Sie steht im klaren Widerspruch zu den Wünschen und Vorstellungen der östlichen Bundesländer.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne wurde am 11.7.91 im Sächsischen Landtag bei einigen Stimmenthaltungen und vereinzelten Gegenstimmen von LL/PDS und CDU mit großer Mehrheit angenommen.

Wer (auch) im Sozialbereich Fuß fassen möchte!

Ein exemplarischer Schriftwechsel zur Problematik der Fachkräfte in den neuen Bundesländern

An das Heilpädagogische Kinderheim

Sehr geehrter ....

Auf der Grundlage Ihrer Ausschreibung vom 7.4.1991 bewerbe ich mich für eine Tätigkeit als Erzieher in Ihrem Heim.
Ich denke, daß meine bisherige Ausbildung als Diplomlehrer und die durch mich begonnene Ausbildung als Sozialpädagoge, deren Direktstudienphase abgeschlossen ist, den Anforderungen an eine erzieherische Tätigkeit in Ihrem Heim genügen.
Ich verfüge über umfangreiche pädagogische und psychologische Kenntnisse und über langjährige Erfahrungen in der pädagogischen Tätigkeit.
Das durch mich aufgenommene Studium (jetzt Fernunterricht) der Sozialpädagogik wird staatlich anerkannt und führte bis zum Diplomabschluß.
Ich interessiere mich besonders für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, auch mit geschädigten Kindern und Jugendlichen.
Dazu erforderliche spezielle Kenntnisse meinerseits sind vorhanden.
Für eine Einladung zu einem persönlichen Gespräch wäre ich Ihnen dankbar.
Mit freundlichen Grüßen

...

Anlagen: 1 Lebenslauf
2 Zeugnisabschriften
1 Paßbild

Lebenslauf:

Name ..... Geboren....
Geburtsort..... Eltern.....
Ehefrau - Lehrerin Kinder - Schüler
Anschrift....

Schulbildung:1954-1966 Grundschule und erweiterte Oberschule (Abitur), Abschluß: Abitur und Facharbeiter, Heizungsmonteur,
1967-1970: **Offiziershochschule der Grenztruppen** Abschluß: Hochschul-Ing.-Ök.
1980-1986 Karl-Marx-Universität Abschluß: Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus, Dipl. Philosoph
1990-1991 Pädagogische Hochschule Abschluß: Sozialpädagoge
Arbeitstellen:
1967-1990 Grenztruppen der DDR
Besondere Fähigkeiten: Staatsexamen Russisch Note 2, weitere Fremdsprachen
Führerschein Kl. 2 und 3

....und die Antwort:

Absender: Heilpädagogisches Kinderheim „Sonnenschein"

Betr. Ihre Bewerbung für die Tätigkeit als Erzieher in unserer Einrichtung

Sehr geehrter.....

Ihre Bewerbung kann und will ich bei unserer Entscheidung über die Einstellung eines Sozialpädagogen oder Erziehers in unserer

Einrichtung nicht berücksichtigen. Die Gründe hierfür will ich Ihnen im einzelnen darlegen.
In der alten Bundesrepublik benötigt man auf dem Weg zum Diplom-Sozialpädagogen ein achtsemestriges Fachhochschulstudium.
Der Berufsverband der Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heilpädagogen (BSH), der inzwischen auch in den neuen Bundesländern engagierte Landesverbände und Bezirksgruppen hat, bemüht sich seit langem darum, für die Jugend-, Sozial- und Gesundheitsfürsorgerinnen mit Berufspraxis aus der ehemaligen DDR eine Gleichstellung zu erreichen (...). Wegen dieses Engagements um eine Gleichstellung praxiserfahrener Kolleginnen und Kollegen erfährt der Berufsverband BSH vielfach Ablehnung (auch von Fachhochschulen der alten Bundesrepublik).
Nun muß man feststellen, daß sich die Kolleginnen und Kollegen, die oft über viele Jahre in der DDR als Fürsorgerinnen tätig waren, nun unter großem zeitlichen Aufwand neben ihrer Berufstätigkeit „nachqualifizieren" sollen. In der gleichen Zeit aber werden sie von denen überholt, die bis zur Wende der DDR treu gedient und seit der Wende die nötige Zeit hatten, quasi im Schnellverfahren eine Ausbildung zum Diplom-Sozialpädagogen zu absolvieren.
Und auf dem Arbeitsmarkt erlebt man dann das Märchen von Hase und Igel: „Bin schon da!" können ehemalige Grenzsoldaten, Parteifunktionäre usw. ausrufen. Sie sind eher Diplom-Sozialpädagogen als praxiserfahrene Jugend-, Sozial- und Gesundheitsfürsorgerinnen.
Geradezu skandalös finde ich, daß sich in diesem Spiel auch noch namhafte Professoren westdeutscher Fachhochschulen beteiligen (wie Ihrem Nachweis von der Pädagogischen Hochschule Güstrow zu entnehmen ist).
Ich verkenne nicht, daß Sie und alle diejenigen, die sich für die DDR engagierten, nun eine neue Existenz aufbauen müssen. Es will mir jedoch nicht einleuchten, daß Sie sich ausgerechnet in der Sozialpädagogik engagieren wollen, in einem Aufgabengebiet, wo es darum geht, junge Menschen zu erziehen, zu bilden und sie ein Stück auf dem eigenen Reifungsweg mitzunehmen. Auf welchem Weg wollen Sie denn junge Menschen mitnehmen? Wäre es für Sie nicht richtiger, danach Ausschau zu halten, wo Sie ganz praktisch etwas wieder geradebiegen können, was in den vergangenen vierzig Jahren auch unter Ihrer Mithilfe in Schieflage geraten ist?
Ich hoffe sehr, meine offenen Worte tragen bei Ihnen und den für die Ausbildung von Sozialpädagogen Verantwortlichen etwas dazu bei, ein wenig nachzudenken.

Mit freundlichen Grüßen

.... Heimleiter

Erklärung des NEUEN FORUMs zum ersten Jahrestag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

(Erfurt, 29./30. Juni 1991)

Vor einem Jahr wurde mit großen Hoffnungen und Erwartungen von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der damaligen DDR die Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der DDR mit der Bundesrepublik begrüßt. Mit der Einführung der D-Mark sollte der permanente Mangel ein Ende haben, die errungene Freiheit auf feste wirtschaftliche Füße gestellt werden, nicht zuletzt aus Reisefreiheit Reisemöglichkeiten werden.
Einführung der D-Mark, freie Marktwirtschaft und soziales Netz der Bundesrepublik sollten den wirtschaftlichen Aufschwung der werdenden sechs neuen Länder, ihren raschen Anschluß an das Lebensniveau der Westdeutschen gewährleisten.
Nach einem Jahr steht die Wirtschaft Ostdeutschlands faktisch still. Von der Industrieproduktion werden hier zuletzt nur 20 Prozent bleiben. Damit ist gleichzeitig ein radikaler Abbau von Arbeitsplätzen verbunden. Bis April gingen real 3 169 236 Arbeitsplätze verloren. Zum Jahrestag der Währungsunion wird die Treuhand nach eigenen Angaben in Ostdeutschland 1,4 Millionen ihrer 2,8 Millionen Arbeitsplätze „abwickeln". Zu diesen Arbeitssuchenden gesellen sich nochmals 600 000 ehemalige Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, deren Warteschleife zum 1. Juli ausläuft.
Die Kommunen und Länder sind nicht in der Lage, die auf sie zukommenden finanziellen Verpflichtungen zu tragen. Das führt dazu, daß verfassungsmäßige Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat nicht mehr garantiert werden können: Öffentliche Dienstleistungen, Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Kindereinrichtungen, Jugendclubs, Schulen, Universitäten, kulturelle und soziale Einrichtungen stehen vor dem finanziellen Ruin.
Die Bürgerinnen und Bürger sehen sich um ihre Hoffnungen und Erwartungen des vergangenen Sommers betrogen. Existenzangst greift um sich.
Anstatt politische Initiativen zum Aufbau des Landes zu ergreifen, soziale Rahmenbedingungen abzustecken und durchzusetzen, griff die Bundesregierung zur gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Großverdiener (mit einem Jahreseinkommen über 45 000 DM) werden durch die Steuerreform entlastet. Staatliche Investitionenszuschüsse fließen nur in die Taschen jener, die schon vermögend sind.
Diese Politik, den Reichen zu geben, ihnen freie Hand zu lassen, hat nicht zum Aufschwung geführt, nicht zum Aufbau neuer Produktion, sie hat diese nur reicher und Ostdeutschland ärmer gemacht. Es ist bezeichnend, daß die privaten Unternehmen Kapital im Umfang von 682 Milliarden DM statt es zu investieren in Spekulationsgeschäften festgelegt haben.
Anstatt aus Bundesmitteln jetzt in großem Stile ABM-Stellen zu finanzieren, sollten die vorhandenen Mittel dienen, z.B. die Kommunen zu stärken, sie in die Lage zu versetzen, Arbeitsplätze erhalten zu können oder neue zu schaffen. Beschäftigungsgesellschaft und ABM können keine festen Arbeitsplätze schaffen, sind bestenfalls Provisorium, verdrängen zugleich aber reguläre, ins Netz sozialer Absicherungen und tariflicher Selbstbestimmung eingebundene Arbeitsplätze. Sie sind sicher für viele Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands ein Rettungsanker vor der Arbeitslosigkeit.

Diese Politik der Entindustrialisierung darf keinen Tag weiter gehen. Kein einziger Arbeitsplatz darf mehr verloren gehen, ohne daß ein neue vorhanden ist. Wieder=Eingliederung der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter in die Produktion - Wiederaufbau der Produktion. Das sind heute die Tagesaufgaben

Deshalb unterstützt das NEUE FORUM die Kolleginnen und Kollegen in ihren Aktionen zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. Nur das gemeinsame Handeln aller Bürgerinnen und Bürger kann verhindern, daß Ostdeutschland ruiniert wird und ins soziale und po-

litische Chaos versinkt. Wie im Herbst 1989 ist das aktive Handeln des Volkes und nicht das Warten auf eine bessere Politik der Regierenden die entscheidende Voraussetzung tatsächlicher und wirksamer Veränderungen.

Überprüfung sämtlicher Entscheidungen der von der Bundesregierung eingesetzten Treuhand durch die Länder und Kommunen in Verbindung mit den von der Belegschaft gewählten Betriebsräten und ihren gewerkschaftlichen Interessensvertretern.
Finanzielle Sanierung der Länder und Kommunen anstelle der Monopolisierung von Arbeitsmarktmaßnahmen durch die Bundesregierung und die Bundesanstalt für Arbeit.
Übergabe des durch die Treuhand blockierten kommunalen Eigentums in die Hände der berechtigten Körperschaften.
Schluß mit einer Wirtschaftsförderung, die nur Förderung von Anschlußprofiteuren ist. Einklagbare Verpflichtungen zur produktiven Investition und Arbeitsplatzbeschaffung im Osten für die Vergabe von Investitonsförderung und für Unternehmen, die Treuhandbetriebe erwerben.
Sonderabgaben für nicht reinvestierte Gewinne.
Schluß mit der Bereicherung auf Kosten des Volkes durch alte und neue Seilschaften. Entlassung der obersten Entscheidungsträger sowie sämtlicher Personalchefs, die bereits vor dem Sturz der SED-Diktatur in führenden Positionen gearbeitet haben, aus den Chefetagen der Betriebe und aus der Treuhand. Nur mit einem Vertrauensvotum der Betriebsbelegschaft bzw. der Volksvertretungen kann eine erneute Ernennung erfolgen.

Das NEUE FORUM ist sicher, daß das Volk es nicht zulassen wird, daß Ostdeutschland ruiniert wird!

Das NEUE FORUM ist gegen den Ruin Ostdeutschlands nicht aus egoistischen Interessen, sondern weil dieser das Lebensniveau ALLER Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik gefährdet. Lassen wir es nicht zu, daß die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland gegeneinander ausgespielt wird und neue soziale Mauern zwischen Ost- und Westdeutschland aufgerichtet werden. Während sich alte und neue Seilschaften auf dem Rücken der Bevölkerung in Ost und West bereichern, treten wir für eine andere Politik, für eine Politik des Aufbaus und der Selbstbestimmung, für die soziale Einheit im vereinten Deutschland ein.

Unterzeichnet von Mitgliedern des NEUEN FORUM Thüringen, Berlin, Sachsen und von Mitgliedern der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen

Forum der BürgerInnen Interessen

Termine:

Wann bekomme ich meine Stasiakte?

29.8. 19 Uhr
Hoyerswerda (Martin-Luther-Gemeinde)
mit
M. Arnold (Landtagsabgeordneter)
Dr. Weichert (Jurist)
Th. Rudolph (IFM Sachsen)

30.8.
Chemnitz
mit
Ingrid. Köppe (MdB)
M. Arnold (MdL)
Th. Rudolph (IFM Sachsen)

31.8.
Leipzig mit
I. Köppe (MdB)
M. Arnold (MdL)
Th. Rudolph (IFM Sachsen)

11.9. 19.30 Uhr,
Fragen der Inneren Sicherheit
Dresden, Holländische Str.(Landtag)
mit M. Arnold (MdL)
Innenminister Dr. R. Krause ist eingeladen.

Forum der BürgerInnen Interessen

Arbeitskonferenz „Sachsen wird leben"

**am 21.9.1991
von
11.00 bis 18.00 Uhr
in Dresden,
sächsischen Landtag, Holländische Str.**

Anmeldung bitte einsenden an:
Thomas Rudolph, c/o Sächsischer Landtag, Fraktion Bündnis 90; Holländische Str. ; O-8010 Dresden
oder Gotthard Krupp, Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf 30

An der Arbeitskonferenz „Sachsen wird leben" am 21.9. nehmen wir mit .... Personen teil. Wir möchten, daß weitere Informationen an folgende Adresse geschickt werden:

____

(Name und Adresse)

Wir interessieren uns insbesondere für folgende Themen:
o Arbeitslosigkeit
o Situation der Kommunen und Gemeinden, sowie der Sozialeinrichtungen
o Innere Sicherheit, StaSi...

Nähere Informationen über alle Veranstaltungen über die Redaktionsadresse